

WasserAllianz Augsburg für das Augsburger Wasser



Mit Empörung mussten wir aus der Augsburger Allgemeinen vom 26.11.03 erfahren, dass der Abwasserbetrieb und der Siebentischwald als Wasserschutzgebiet an die Stadtwerke GmbH verkauft werden sollen. Unser Tafelsilber soll zur kurzfristigen Haushaltssanierung verscherbelt werden!

Das würde für die Augsburger Bürger/innen bedeuten:

- sofortige Erhöhung der Abwassergebühren um 16 % (durch Aufhebung der bisherigen Steuerbefreiung)
- Um den Kaufpreis aufbringen zu können, müssen die Stadtwerke die Gebühren weiter erhöhen.
- Die Gewinnerwartung einer GmbH erzeugt ebenfalls Druck auf die Preisgestaltung.
- Durch Übertragung an die GmbH verlieren die Bürger/innen ihren Einfluss auf die Qualität des Wassers.
- Die Stadt hat mit unseren Steuergeldern das Schutzgebiet erworben, nun zahlen die BürgerInnen über Wassergebühren den Kaufpreis nochmals.

Wir sehen darin einen ersten Schritt, die öffentliche Versorgung aus der Bindung an die Interessen der Bürger/innen zu entlassen und anonymen Kapitalinteressen zu übergeben. Wie werden sich die Verantwortlichen verhalten, wenn Angebote aus der Privatwirtschaft für die Augsburger Wasserbetriebe vorliegen, gerade hinsichtlich der in den nächsten Jahren erneut auftretenden Haushaltslöcher?

Die **Augsburger WasserAllianz** will diesen Ausverkauf verhindern und fordert alle Bürger/innen auf, dieses Ziel zu unterstützen.

Um das Augsburger Wasser dauerhaft zu schützen und in Bürgerhand zu erhalten, wollen wir ein **Bürgerbegehren** durchführen.

Die WasserAllianz Augsburg ist ein Bündnis, an dem sich bisher Attac, der Bund Naturschutz (BN) und die Gewerkschaft ver.di zum Schutz des Augsburger Wassers beteiligen.

Uns verbindet die Überzeugung, dass Wasser keine Ware ist, mit der man langfristig nach Belieben Profit machen kann.

Das Recht auf Wasser ist ein grundlegendes Menschenrecht und muss in bestmöglicher Qualität zu kostendeckenden Preisen als öffentliche Dienstleistung erhalten bleiben.

Die Welthandelsorganisation WTO will mit ihrem GATS-Abkommen, dem Gesetz zur Zwangsprivatisierung von Dienstleistungen, auch die öffentliche Wasserwirtschaft liberalisieren.

Wir wehren uns gegen den Vorstoß der EU, die in Europa zwar das Wasser (noch) als kommunale Aufgabe der Daseinsvorsorge sieht, aber 72 Länder der Welt aufgefordert hat, deren Wasserversorgung für die privaten, meist europäischen Wasserunternehmen zu öffnen.

